

Und die Demokraten? Die Deutsche Demokratische Partei hat seit langem öffentlich erklärt, daß sie eine Aufwertung über den Rahmen der dritten Steuernotverordnung hinaus für unbedingt notwendig hält.

**Die Deutsche Demokratische Partei will,
daß die 3. Steuer-Notverordnung aufgehoben wird.**

Da die Mittel für eine einigermaßen wirksame Verzinsung für alle Gläubiger nicht aufzutreiben sind, muß vor allem dafür gesorgt werden, daß

**die Ansprüche der Wündel, der kleinen Sparer, der notleidenden Kleinrentner
und der Hypothekengläubiger so hoch wie irgend möglich erfüllt werden.**

Alle diejenigen, die ihre Anleihen und Hypotheken erst später durch Spekulation und für lumpige Papiermarkt-
beträge erworben haben, müssen von jeder Aufwertung ausgeschlossen werden.

Um die Mittel für diese Aufwertung bereitzustellen,

beantragen die Demokraten

im Aufwertungsauswurf: 1. den Münzgewinn des Reiches (mehr als 300 Millionen) für die Aufwertung bereit zu stellen; 2. eine besondere Vermögenssteuer von denjenigen zu erheben, die ihr Vermögen erhalten oder vermehrt haben; 3. die Gemeinden, die ihren wachsenden Besitz von Schulden befreit sehen oder mit Inflationsgeldern vermehrt haben, für die Aufwertung heranzuziehen. Dann muß aber auch der städtische und ländliche Grundbesitz mit Ausnahme der kleineren landwirtschaftlichen Betriebe herangezogen werden. Die Form, in der heute der Inflationsgewinn des städtischen Hausbesitzers durch die Hauszinssteuer weggeleitet werden soll, führt zu den schlimmsten Ungerechtigkeiten. Ein Berliner Meisfakernen-Besitzer, dessen Häuser vor dem Kriege zu 80 Prozent mit Hypotheken belastet waren, und der zur Bezahlung der Hypothekenzinsen mehr als 50 Prozent der Mieten gebrauchte, kann sich nicht beklagen, wenn er 24 Prozent der Friedensmiete als Hauszinssteuer bezahlen muß. Kleine Eigenbesitzer aber, deren Häuser lastenfrei oder höchstens mit einer mäßigen ersten Hypothek belastet waren, müssen es als eine harte Ungerechtigkeit empfinden, wenn sie die gleiche Hauszinssteuer bezahlen müssen und höchstens die Ermäßigung um $\frac{1}{4}$ beanspruchen können. Die Hauszinssteuer in der heutigen Form kann also nicht aufrecht erhalten werden. Dagegen erscheint es gerechtfertigt, die durch die Inflation beseitigten Hypotheken in einer bestimmten Höhe wieder herzustellen (z. B. bis 50 Prozent des Inflationsgewinnes) und die Zinsen alsdann für einen Aufwertungsfonds zu verwerten. Und könnte sich ein Großgrundbesitzer, der durch die Inflation von einer gewaltigen Schuldenlast befreit ist, über eine solche Belastung beklagen?

Die Deutsche Demokratische Partei hat durch ihre zielklare Außen- und Innenpolitik in Verbindung mit den anderen Mittelparteien den Kriegs-, Revolutions- und Inflationswirren ein Ende gesetzt. Sie hat dadurch erst die Vorbedingungen für eine Aufwertung geschaffen.

Solange die Gefahr neuer Erschütterungen durch Russische und französische Vormarsch bestand, war an Aufwertung nicht zu denken.

**Erst die Währungsstabilisierung, das Werk des demokratischen Reichsbank-
präsidenten Dr. Schacht, und das Londoner Abkommen geben die Möglichkeit,
nach der uns aufgezwungenen äußeren Reparation**

die innere Reparation

zur Geltung zu bringen.

**Die Republik hat die Pflicht, dem Gedanken der Gerechtigkeit gegenüber den
durch Krieg, Revolution, Friedensvertrag und Inflation Geschädigten zum
Siege zu verhelfen.**

Wir fürchten, daß ein Rechtsblock, in dem die Kreise des Landbundes und der Schwerindustrie die Fährung hätten, diese Verpflichtungen nicht erfüllen würde.

**Ein Rechtsblock würde bestrebt sein, die Lasten auf die Schultern der breiten
Masse, also auch des Mittelstandes, zu legen.**

Wenn trotzdem ein Verband von Hypothekengläubigern und Sparern sich als Zutreiber dieses Blockes zeigt so beweist er damit, daß er die Zusammenhänge nicht erkennt. Ganze Vereinigungen der Hypothekengläubigen und Sparer haben bereits diesem Verbanne den Rücken gekehrt.

Zu warnen ist auch vor einer Aufwertungspartei. Ein paar Leute, die durch Aufwertungslisten besessenfalls in den Reichstag entsandt werden könnten, wären zu vollständiger Dummheit verurteilt. Nur die Parteien der Mitte werden in der Lage sein, das große und schwierige Problem der Aufwertung zu lösen.

**Die Deutsche Demokratische Partei wird alles daran setzen, den Entrechteten
zu ihrem Rechte zu verhelfen und die Kriegs-, Revolutions- und Inflations-
gewinnler zur inneren Reparation gebührend heranzuziehen.**

Deshalb wählen Denkende diesmal nur die

Deutsche Demokratische Partei, Liste 7

Verantwortl.: Reichsgeschäftsf. d. Deutschen Demokratischen Partei, Berlin SW, 11. — Druck: Goebede & Gallisch, Berlin W, 85

*Wahlkreis Reichs- u. Landtagswahl
7. VIII 24*

